

Italien kündigt Seidenstraße und baut Flüchtlingszentren in Albanien – Postfaschistin Meloni überrascht mit Bündnistreue und gemäßigter Politik

Bruno Nestler

Nr. 1/2024

Das G7-Vorsitzland Italien ist ob seiner geografischen Lage im Mittelmeer und der Nähe zur MENA-Region von großer geostrategischer Bedeutung. EU- und NATO Mitgliedschaft haben in Italien schwankende Zustimmungswerte in der Bevölkerung. Wahlergebnisse werden seit dem Arabischen Frühling stark von der jeweiligen Migrationspolitik der Regierung beeinflusst.

Nun gewann im September 2022 die postfaschistische Partei „Fratelli d'Italia“ die Wahlen. Die „Brüder Italiens“ unter der heutigen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni hatten im Wahlkampf radikale Töne gegen den mit breiter Koalition regierenden Europafreund Mario Draghi angeschlagen. Darauf wählte Italien diese damals einzige nennenswerte Oppositionspartei an die Spitze. Die Koalition mit zwei weiteren rechten Parteien, Lega und Forza Italia, ließ für die Zukunft Politik am rechten Rand erwarten – sowohl innen- wie auch außenpolitisch. Doch es kam vor allem in der Außenpolitik ganz anders: Eine gemäßigte Migrationspolitik mit Rekordankünften im Jahr 2023, nahezu Kuschelpolitik zwischen Meloni und Von der Leyen sowie absolute Linientreue in der NATO und im Ukrainekrieg.

Die Fakten

- Italien wurden, nachdem es von der Covid-19-Pandemie besonders schwer getroffen wurde, etwa 200 Milliarden Euro aus dem EU-Wiederaufbaufonds, gegen Auflagen, zugesagt. Das Ziel der italienischen Regierung ist es, in Zwischenschritten die selbstgesteckten Ziele zu erreichen und die Fördergelder in Tranchen zu bekommen.
- 2019 trat Italien als einziges G-7-Land der „Neuen Seidenstraße“ bei. Im Dezember 2023 kündigte Italien, nicht ohne auf die Wichtigkeit guter Wirtschaftsbeziehungen mit China hinzuweisen. Diese Kündigung wurde schon bei einem Besuch bei Joe Biden im Sommer 2023 „erörtert“. Somit verbleibt von den EU-Staaten nur mehr Ungarn in der Seidenstraße.
- Militärisch verstärkt Italien die NATO an der Ostflanke und im Indopazifik, liefert Waffen in die Ukraine und sichert die internationalen Seewege.
- Melonis Regierung versucht seit Amtsantritt, die irreguläre Migration aus Nordafrika einzudämmen. Jedoch seit der Flüchtlingskrise 2015/2016 sind nicht mehr so viele Migranten angekommen wie 2023. Erst nach dem Inkrafttreten eines Abkommens mit Tunesien sinken seit Oktober 2023 die Rekord-Migrantenzahlen im Vergleich zu 2022. Meloni steht dabei auch auf EU-Seite an vorderster Front. Sie vertritt die Ansicht, die Migration müsse gemeinsam mit der EU bereits in den Herkunftsländern und vor allem in den Küstenstaaten Nordafrikas gestoppt werden.
- Ohne vorherige Absprache mit der EU hat sie nun mit Albanien eine Übereinkunft zur Errichtung von zwei Flüchtlings-Aufnahmelagern unter italienischer Führung auf albanischem Staatsgebiet geschlossen. Ein neuer Ansatz bei der Flüchtlingspolitik, die Meloni viel Kritik, aber auch viel Anerkennung brachte.
- Jedenfalls fanden bisher Ängste vor einem „Postfaschismus“ in Italien keine Begründung. Nur wenige innenpolitische Maßnahmen wie die Abschaffung des Bürgergelds und homophobe Gesetze weisen auf die rechte politische Gesinnung der Regierung hin.

Kontrapunkt

Viele Linkspolitiker sind der Auffassung, dass Meloni derzeit nicht ihr wahres politisches Gesicht zeigt. Denn der EU-Wiederaufbaufonds zwingt sie, eine EU-freundliche und gemäßigte Politik zu verfolgen. Erst bei einer möglichen Verschärfung der politischen Lage würde sie, so die Skeptiker, als radikalere Regierungschefin ihre postfaschistischen Ideen offen verfolgen. Geostrategisch ist Italien jedenfalls nach wie vor ein verlässliches NATO-Gründungsmitglied an der Südflanke.